

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5718

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5718



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



kollektiv ? ? doykait

Jüdisch & Antizionistisch

1. MAI

ZUM MYTHOS DES «LINKEN» ZIONISMUS

Wir nehmen den 1. Mai zum Anlass, um die hartnäckigen Mythen zum sogenannten «Links- oder Arbeiter*innenzionismus», insbesondere der Kibbuzbewegung, zu widerlegen.

Jüdische Vorherrschaft

Ein jüdischer Staat mit jüdischer Mehrheit in Palästina – ob «links» oder rechts – ist nur möglich, wenn Palästinenser*innen dauerhaft entrechtet, kontrolliert, vertrieben oder getötet werden. Diese rassistische Logik bildet die strukturelle Grundlage des israelischen Staates.

Verharmlosung oder Leugnung der Nakba

Während die Faschist*innen, die zur Zeit das besetzte Palästina regieren, keinen Hehl aus ihrem Traum von einem Grossisrael machen, ihre rassistischen Absichten von jüdischer Vorherrschaft, Genozid und Vertreibung kaum verstecken und oftmals auch kein Problem damit haben, die historische Nakba anzuerkennen bzw. sogar stolz darauf sind, können liberale Zionist*innen, gerade auch hier in Europa, solche explizit rassistischen Fantasien und Praxen nicht mit ihren sonstigen Positionen vereinbaren. Daher verharmlosen oder leugnen sie oftmals Kolonisierung, Nakba, Genozid und ethnische Säuberung.

Die Nakba wird dann häufig zur freiwilligen Flucht der palästinensischen Bevölkerung im «Unabhängigkeitskrieg» verklärt – falls ihre Existenz und vorherige Anwesenheit überhaupt anerkannt wird. Der koloniale Charakter der zionistischen Landnahme wird mit dem Verweis auf jüdisches Schutzbedürfnis nach dem Holocaust ausgeblendet. Es wird Unverständnis geheuchelt darüber, dass Palästinenser*innen einem Teilungsplan nicht zustimmten, bei dem sie über die Hälfte ihres Landes an meist erst kürzlich angekommene Siedler*innen abgeben sollten – obwohl diese von Anfang an signalisierten, dass sie sich mit der Hälfte des Landes nicht zufriedengeben würden.

Auch der gegenwärtige Genozid erscheint in diesen Erzählungen als Problem der faschistischen Rechten oder der religiös-fundamentalistischen Siedler*innen, statt als roter Faden, der sich durch die Geschichte und Praxis des Zionismus zieht.

Siedler*innenkolonialismus als vermeintliche sozialistische Utopie

Früher war es für linke Menschen auch in der Schweiz nicht unüblich, in der zionistischen Kibbuzbewegung eine Art real gewordene sozialistische Utopie zu sehen. Man sah linke ideale wie geteiltes Eigentum, Geschlechtergerechtigkeit, gerechte Arbeitsteilung etc. realisiert und nicht wenige, auch nichtjüdische Linke, reisten in die Kibbuze, um die vermeintliche Utopie zu erleben und zu unterstützen. Dabei wird die rassistische Exklusion und koloniale Grundlage der oft staatlich/militärisch geplanten Kibbuze (siehe z. B. den Siedlungsplan «11 points in the negev») ausgeblendet. Die

Ruinen palästinensischer Dörfer, auf oder neben denen die Kibbuze als koloniale Wehrdörfer teilweise stehen, werden zugunsten einer Mystifizierung ihrer sozialistischen Organisierung gegen Innen ignoriert.

Doch die Kibbuze waren nicht einfach ein unvollständiger Sozialismus, denn die egalitäre Organisationsform für Jüd*innen unter Ausschluss von Palästinenser*innen hatte spezifische Funktionen im zionistischen Siedlerkolonialismus. Während bürgerliche Zionist*innen, wie z. B. Herzl, eine Kolonie nach südafrikanischem Vorbild mit einer Minderheit jüdischer Landbesitzer*innen in Betracht zogen, schwebte den «Links»zionist*innen ein kapitalistisch-jüdischer Staat und danach dessen Übergang in einen jüdischen Arbeiter*innenstaat vor.

Die kollektive, exklusiv jüdische Organisation der Landwirtschaft im Siedlungsgebiet erforderte nicht nur ethnische Säuberung, sondern ermöglichte zugleich eine bessere Steuerung der kolonialen Landnahme. Weil palästinensische Arbeiter*innen ausserdem zu tieferen Löhnen arbeiteten als jüdische, wurden sie in einer rein marktwirtschaftlichen Situation bevorzugt eingestellt und hätten in dieser Position die zionistische Wirtschaft jederzeit zum Stillstand bringen können, was spätestens der mit brutaler Gewalt gemeinsam von der Britischen Kolonialmacht und den Zionist*innen zerschlagene palästinensische lange Generalstreik von 1936–1939 zeigte. Die exklusiv jüdischen Kollektive und jüdische Parallelwirtschaft hingegen erlaubten es nicht nur, rasch Wohnraum und Arbeitsplätze für die neu ankommenden Siedler*innen zu finden, sondern gleichzeitig die israelische Wirtschaft weniger abhängig von der palästinensischen Arbeiter*innenschaft zu machen, was es vereinfachte, diese zu verdrängen.

Hinzu kommt, dass der sogenannte jüdische Staat und seine Vorgängerinstitutionen nie sozialistisch organisiert waren. Die zionistische Kolonisierung Palästinas fand mit Unterstützung von und aufbauend auf der kolonialer Infrastruktur des westlichen Imperialismus statt, dessen Interessen der israelische Staat bis heute auf verschiedenen Kontinenten als Lieferant von Unterdrückungstechnologien verteidigt.

Jüdische Selbstbestimmung?

Häufig wird mit der Idee jüdischer Selbstbestimmung, die angeblich im jüdischen Staat ihren Ausdruck finden sollte, Anschluss an linke Prinzipien und Diskurse der Befreiung gesucht. Auch dies weisen wir aus vielfältigen Gründen zurück: Es ist nicht verwunderlich, dass am ersten Zionistenkongress in Basel bürgerliche Westeuropäer dominierten; über Ostjuden sprach man herablassend; nicht-weiße Jüd*innen von ausserhalb Europas waren nicht vertreten; Frauen waren nicht stimmberechtigt. Das zionistische Projekt wurde von Anfang an von fast allen jüdischen Organisationen der Arbeiter*innenbewegung wie z. B. dem osteuropäischen antizionistischen Bund vehement abgelehnt. Der Bund, der als jüdisch-antizionistische-revolutionäre Partei damals viel mehr Menschen organisierte als alle zionistischen Strömungen zusammen und mit dem wir uns verbunden fühlen, verfolgte das Prinzip der Doykait. Doykait ist jiddisch und bedeutet für uns, hier wo mensch lebt, widerständig zu sein und gegen Kapitalismus, Faschismus und Rassismus sowie für Sozialismus zu kämpfen.

Zionismus war damit keinesfalls ein Ausdruck jüdischer Selbstbestimmung, sondern das chauvinistische Projekt einiger weniger bürgerlicher, westeuropäischer, männlicher Juden, wenngleich das System jüdischer Vorherrschaft natürlich alle jüdischen Menschen gegenüber Palästinenser*innen privilegiert. Für das Siedlungsprojekt in Palästina nutzten die Zionist*innen aktiv die imperialistischen Strukturen des Britischen Empire und später der USA, auf deren Unterstützung sie stets zählen konnten. Kapitalistische, koloniale Landnahme unter Absprache mit imperialistischen Grossmächten ist niemals romantische Befreiung oder Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung. Auch heute bietet der Zionismus jüdischen Menschen als Sicherheitsversprechen nationalistische, also klassenübergreifende Solidarität entlang rassistischer/ethnischer Linien an.

Als linke Jüd*innen lehnen wir diese falschen Versprechungen und rassistischen Erzählungen entschieden ab und fordern Widerstand gegen den Zionismus sowie Solidarität mit den Betroffenen kolonialer/imperialistischer Unterdrückung und kapitalistischer Ausbeutung.

